

Dein Guide durch den
**VERMÖGENSSTEUER
DÜSCHUNGEL**





Worum es geht:

Schluss mit der Kürzungspolitik, Lebensqualität sichern! Allein 5 Prozent der Bevölkerung besitzen in Österreich 58 Prozent der Vermögen.¹ Dieser extreme Reichtum trägt nichts zu Finanzierung gesellschaftlich notwendiger Aufgaben wie Bildung, Pflege oder Öffis bei, während zwei Drittel der Steuerlast von ArbeitnehmerInnen getragen werden². Vor eben einer solchen Beteiligung der Superreichen in Form von Vermögenssteuern warnen jetzt deren Interessensvertretungen und

konservative Wissenschaftler. Vermögenssteuern würden einen Wirtschaftseinbruch nach sich ziehen, gar von Enteignung wird gesprochen. Weitere Erklärungen bleiben meist aus. Wir sind diesen Irrtümern nachgegangen und beantworten hier die brennendsten Fragen um Vermögenssteuern.



5 Prozent besitzen 58 Prozent des Vermögens

1: Quelle: Eckerstorfer, Paul u.a. (2014): Vermögen in Österreich. Bestände, Verteilung und Besteuerungsoptionen

2: Quelle: AK



Mythos:

10 Prozent der BestverdienerInnen zahlen doch schon 60 Prozent des Steueraufkommens...



Das stimmt nicht einmal für die Einkommenssteuer ganz und ist außerdem eine Folge davon, dass die Einkommen im unteren Bereich viel zu niedrig sind und diese Gruppe daher keine Einkommenssteuer zahlt. Aber vor allem kann man nicht nur eine Steuer herausgreifen: Betrachtet man die gesamten Abgaben (einschließlich Sozialversicherung, Massensteuern wie die Mehrwertsteuer usw.), ergibt sich, dass die 10 Prozent Ärmsten mit rund 37,3 Prozent ihres Einkommens proportional annähernd so viele Steuern und Abgaben leisten wie die 10 Prozent Reichsten mit 40 Prozent ihres Einkommens*. Und zwar deshalb, weil Verbrauchersteuern niedrige und mittlere Einkommen, die zu zwei Dritteln in den Konsum fließen, überproportional treffen.

*Quelle: WIFO



Mythos:

Mit der Vermögenssteuer wird bereits versteuertes Einkommen nochmals besteuert...

In allen Industrieländern werden Steuern auf unterschiedliche Quellen eingehoben. So wird Arbeitseinkommen durch Lohn- und Einkommenssteuer besteuert, Kapitaleinkommen mit der Kapitalertragssteuer erfasst. Des weiteren gibt es diverse Verbrauchersteuern (z.B. Mehrwertsteuer, Mineralölsteuer, Tabaksteuer usw.). Vermögen selbst werden von keiner Steuer erfasst! Die Vermögenssteuer besteuert nicht Einkommen, sondern den Bestand/Besitz an Vermögen!



Mythos:

Die Vermögenssteuer trifft auch den „Häuselbauer“ und die „Oma“ mit dem Sparbuch für die Enkerln, also die klassische Mittelschicht...

Ganz klar – nein! Die derzeit diskutierten Freibeträge bewegen sich zwischen 1 Mio. (SPÖ) und 500.000 € (Wege aus der Krise). D.h. dieser Betrag ist für jeden Haushalt steuerfrei. Nur 11 Prozent aller Haushalte in Österreich besitzen laut neuesten Daten der ÖNB (2012) mehr als 500.000 €*. Während also gut 90 Prozent der Bevölkerung gar nicht von Vermögenssteuern betroffen sind, zahlen auch die wenigen Betroffenen ganz unterschiedlich: auf ein Gesamtvermögen von 700.000 € wären bei 1 Prozent Vermögenssteuer im Jahr lediglich 2.000 € zu zahlen (WadK-Modell). „Das Kraut fett“ machen also diejenigen, die über exorbitant hohe Vermögen verfügen. Insgesamt würde das Steueraufkommen trotzdem bei ca. 3 Mrd. € liegen.

*Quelle: Arbeiterkammer 2012



Mythos:

**Es gibt doch zu wenig Reiche,
damit so eine Steuer Sinn macht...**

Es kommt nicht auf die Anzahl der Reichen an, sondern auf die Summe an Vermögen, die besteuert wird! Da in Österreich die Vermögen besonders ungleich verteilt sind, also wenige Reiche extrem viel besitzen, genügt es diese zu besteuern. Außerdem sind Einnahmen durch eine Vermögenssteuer vom vorgeschriebenen Steuersatz abhängig. Eine prozentuelle Staffelung wie bei der Einkommenssteuer kann so gestaltet werden, dass Superreiche einen entsprechenden Beitrag leisten.



Mythos:

**Das Vermögen flüchtet dann ins
Ausland...**



Der Großteil der Vermögenswerte (Immobilien, Grundstücke) ist unbeweglich, kann also nicht flüchten; auch Stiftungsvermögen können nur zu einem extrem hohen Preis ins Ausland übersiedelt werden. Da von allen Industrieländern nur in Tschechien vergleichbar niedrige Vermögenssteuern wie in Österreich existieren, sind die „Fluchtmöglichkeiten“ für Vermögen relativ eingeschränkt. Die verbleibenden harten Steueroasen (Lichtenstein, Schweiz, Monaco und Österreich) könnten relativ problemlos geschlossen werden, indem über den freien Kapitalverkehr der EU mit Drittländern Auskunftspflicht über DevisenausländerInnen bzw. Kooperationspflicht in Steuerfragen verhängt wird. Bei Nichteinhaltung könnte der freie Kapitalverkehr und damit der „Fluchtweg“ versperrt werden.



Mythos:

**Vermögenssteuern sind schlecht
für das Wirtschaftswachstum...**

Neue Forschungsergebnisse zeigen, dass eine geringere steuerliche Belastung der Arbeitseinkommen und eine höhere Besteuerung von Vermögen die wirtschaftliche Entwicklung beleben. Das bestätigen Analysen vom Europäischen Statistikkamt, ein Arbeitspapier des Internationalen Währungsfonds, als auch wissenschaftliche Untersuchungen von renommierten internationalen ÖkonomInnen. Vermögen werden nämlich im Unterschied zu Arbeitseinkommen kaum in die Realwirtschaft investiert, sondern in Finanz- und Immobilienspekulationen. Eine hohe Besteuerung von Arbeitseinkommen, die zu zwei Dritteln in den Konsum fließen, stranguliert aber die Kaufkraft und damit auch die Wirtschaft. Vermögenssteuern schonen hingegen das Wachstum.



Mythos:

**Vermögenssteuern bestrafen
Leistung...**

Reichtum zu besitzen ist keine Leistung! Ihn zu erarbeiten schon. Dies geschieht aber durch die Arbeit all jener, die durch ihre tatsächliche Arbeitsleistung die Zins- und Dividendeneinkommen auf das Vermögen der wenigen Reichen erwirtschaften und so deren Reichtum weiter vermehren. Während Vermögen und Vermögenseinkommen kaum besteuert werden, ist der Beitrag des Faktors Arbeit zum Steueraufkommen/Finanzierung der öffentlichen Aufgaben in keinem anderen Mitgliedstaat der Europäischen Union höher als in Österreich. In kaum einem anderen Mitgliedstaat ist im Gegenzug der Beitrag von leistungslosem Einkommen so niedrig wie in Österreich (Platz 24 von 27)*.

*Quelle: OECD



Mythos:
**Vermögenssteuern bringen wenig
ein...**

Es gibt in Österreich kaum vermögensbezogene Steuern, deshalb bringen sie auch kaum etwas ein. Österreich ist international unter den Schlusslichtern bei der Vermögensbesteuerung. Im Durchschnitt erwirtschafteten OECD-Länder durch vermögensbezogene Steuern 2010 mehr als das 3,5-fache von Österreich*. Da Österreich zu den reichsten Staaten der Welt mit einer hohen Millionärsdichte zählt, würde eine Besteuerung selbstverständlich ergiebig sein.

*Quelle: OECD



Mythos:

Österreich ist schon ein Hochsteuerland, noch mehr Steuern schaden der Wettbewerbsfähigkeit...



**wege
aus der krise**

Eine hohe Abgabenquote allein sagt nichts darüber aus, wie die Steuerlast verteilt ist und welche öffentlichen Aufgaben - „Bankenrettung“ für einige wenige Reiche oder Sozialleistungen für die Mehrheit der Bevölkerung - hiermit finanziert werden. Zurzeit leisten ArbeitnehmerInnen rund zwei Drittel des Gesamtsteueraufkommens, vermögensbezogene Steuern hingegen nur 1,4 Prozent*. Gerechtigkeit entsteht also nicht durch eine Senkung der Abgabenquote insgesamt, sondern durch eine gerechtere Verteilung der Abgabenlast. Mit den Erträgen aus Vermögenssteuern können Steuern auf Arbeit gesenkt werden, was nicht nur die heimische Kaufkraft stärkt und uns im Wettbewerb unabhängiger und stärker macht, sondern auch zu einer gerechteren Steuerstruktur insgesamt führt.

*Quelle: Arbeiterkammer



Mythos:

Die Vermögensteuer ist eine „Schnüffelsteuer“ mit hohen Verwaltungskosten...

Wege
aus der Krise

Wie bei der Einkommenssteuererklärung müssen die Betroffenen selbst die Höhe ihres Vermögens feststellen und die Steuererklärung machen. Geprüft wird nur bei Verdacht auf Betrug. Auch dann wird nicht im privaten Umfeld der Steuerpflichtigen „geschnüffelt“, da Hausrat von der Steuer ausgenommen und der Wert des Grundstückes/Hauses sich aus dem Durchschnitt der Preise in einer bestimmten Zone ergibt. Privates Sparvermögen wird von den Banken ausschließlich an das zuständige Finanzamt gemeldet. Auch Arbeitslose und BeihilfenbezieherInnen müssen ihre Vermögensverhältnisse gegenüber den Behörden offenlegen. Es ist daher nur gerecht, wenn reiche Vermögensbesitzer ihr Vermögen dem zuständigen Finanzamt melden müssen. Der Verwaltungsaufwand beträgt bei einer Selbstbemessungsabgabe wie der Vermögensteuer lediglich 1,8 Prozent des Aufkommens*.

*Quelle: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung

Die zivilgesellschaftliche Allianz „Wege aus der Krise“ ist ein Zusammenschluss von elf verschiedenen Gewerkschaften und Nichtregierungsorganisationen (NGOs). Sie entwickelt seit 2010 mit dem zivilgesellschaftlichen Zukunftsbudget alternative Wege aus der Krise, die solidarisch, ökologisch nachhaltig und demokratisch sind.

Impressum:

Attac Österreich
Margaretenstraße 166
A-1050 Wien
Gestaltung: Fabian Unterberger

Kontakt:

www.wege-aus-der-krise.at
infos@wege-aus-der-krise.at
facebook.com/wege.aus.der.krise

Jetzt Zukunftsbudget unterstützen auf:
www.wege-aus-der-krise.at



%attac



GREENPEACE

vida



www.oh.at

PRO-GE
DIE PRODUKTIONSGEWERKSCHAFT

KAB
VERBAND ANTI-DISKRIMINIERENDER
MENSCHEN